Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 10. März 2001 | 111. Jahrgang Nr. 31.292

Kabinettsumbildung ohne Emotionen

Ämtertausch von Fernández Meijide und Makón / López Murphy und Jaunarena vereidigt

Mit einer Rochade der bisherigen Ministerin für Soziales, Graciela Fernández Meijide, und dem Stellvertretenden Kabinettschef Marcos Makón ist am Donnerstag die zweite grosse Regierungsumbildung unter Präsident Fernando de la Rúa innerhalb von fünf Monaten zum Abschluss gekommen. Während Fer-nández Meijide die Position hinter Kabinettschef Chrystian Colombo besetzte, übernahm Makón den Platz der neben Arbeitsministerin Patricia Bullrich einzigen Frau im Kabinett von Präsident Fernando de la Rúa.

Als Gewinner des erneuten Wechsels gilt der Frepaso. Der Juniorpartner der Allianz hat seine Position in der Regierung durch die Ernennung von Victor Savanti (neuer Staatssekretär für Produktion), Daniel Artana (Wirtschaft und Finanzen) sowie Manuel Solanet als neuen Beauftragten für die Verwaltungsreform ge-stärkt.

Der Wechsel der angesichts knapper Gelder zuletzt vor allem aus den Provinzen in die Kritik geratene Fernández Meijide wurde von der Frepaso-Spitze ausdrücklich unterstützt. Makón soll ein von Alvarez erdachtes neues „Super-Sozialministerium“ mit weitreichenderen Kompetenzen als das jetzige Ministerium für Soziales ausarbeiten.

Makón gilt als Fachmann für Verwaltungsreformen. Unter Ex-Präsident Carlos Menem war der 58-Jährige Unterstaatssekretär für Haushaltsfragen. Der Vertraute des im Oktober zurückgetretenen Vizepräsidenten Carlos Alvarez war von diesem im ersten Jahr der Allianzregierung mit der Ausarbeitung der Staatsreform beauftragt worden.

Der Präsident und sein „Neuer“: De la Rúa und der neue Wirtschaftsminister López Murphy. (AP-Foto)

Bereits am Montag waren der neue Wirtschaftsminister Ricardo López Murphy (bisher Verteidigung) und José Horacio Jaunarena (UCR) als dessen Nachfolger von Präsident de la Rúa vereidigt worden. Am Vortag hatte de la Rúa nach dem Rücktritt des bisherigen Wirtschaftsministers José Luis Machinea am vorvergangenen Freitag zwei Tage währende Spekulationen im Sinne der Märkte beendet. Nach der Ernennung des für seines ultraorthodoxen Kurses bekannten López Murphy gewann der Merval-Index an der Börse von Buenos Aires sofort mehrere Prozentpunkte.

Auch das Amt des Generalsekretärs des Präsidialamtes, das bisher Jaunarena innehatte, wurde dem Frepaso angeboten. De la Rúas Wunschkandidat für diese Position ist der Fraktionschef der Allianz-Abgeordneten im Kongress, Darío Alessandro.

SERVICIOS DIGITALES

www.multimedia.com.ar

O'Higgins 4380 - CP 1429 - Buenos Aires - Repœblica Argentina
Tel/Fax: (54-11)4704-0977 - info@multimedia.com.ar

Neuer Skandal im Senat

Der Senat hat der Justiz neuerlich Arbeit gegeben, nachdem ein Kassenverwalter sich die Sommerferien zunutze machte, um acht Gehaltsschecks für Dritte in Höhe von insgesamt 16.859 Pesos zu kassieren. Die unmittelbare Reaktion: Um den sicheren Skandal zu vermeiden, wurde unter dem Siegel größter Verschwiegenheit Strafanzeige gegen den Kassenverwalter und vier Angestellte wegen „Betrug und Unterschlagung“ gestellt.

Die offenbar ungerechtfertigten Gehaltsschecks wurden von der stellvertretenden Chefin der Kassenverwaltung, Patricia Picallo, bei einer internen Kontrolle anlässlich des Abschlusses des Kassenjahres 2000 entdeckt. Daraufhin veranlasste Verwaltungssekretär José Canata (UCR) die unmittelbare Suspendierung aller beteiligten Angestellten. Gegen sie wurde mittlerweile Strafanzeige erstattet.

Bereits in den Wochen zuvor hatte die Justiz zahlreiche Unregelmässigkeiten untersucht. Sie umfassten ein nichtdeklariertes Kassenminus von 400.000 Pesos, nicht genehmigte Flugreisen von Parlamentariern, die Verwendung von reservierten Mitteln ausserhalb des Haushaltes, die Gewährung von gefälschten Personalkrediten sowie den vermeintlich irregulären Ankauf von Lieferwagen und die Nominierung von „ñoquis“.

Die Kabinettskrise

Die Demission des Wirtschaftsministers José Luis Machinea, worüber wir in der Wirtschaftsübersicht ausführlich berichten, bewirkte am Freitag der Vorwoche umgehend eine Kabinettskrise. Kabinettschef Chrystian Colombo bewog namens des Präsidenten alle Minister, ihre Rücktritte schriftlich einzureichen. Das ist nur eine Formalität. Minister sind laut Verfassung Sekretäre des Präsidenten, der sie ernennt und entlässt.

Wenn alle Minister demissionieren, entsteht eine Kabinettskrise. Sie zu lösen, ist Aufgabe des Präsidenten. Dr. Fernando de la Rúa nahm sich bedächtig Zeit hierfür. Zunächst bestellte er den Verteidigungsminister Ricardo López Murphy (siehe Wirtschaftsübersicht) zum Wirtschaftsminister. Das war der Beginn einer kleinen Rochade im Kabinett.

An Stelle von López Murphy rückte Horacio Jaunarena, bisher Präsidialsekretär und vormals unter Präsident Alfonsín Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium und nach dem Tod des Ministers Raúl Borrás dessen Nachfolger. Die Rückkehr Jaunarenas zu seinem früheren Amt lag auf der Hand.

Das freigewordene Amt des Präsidialsekretärs wurde dem Koalitionspartner Frepaso angeboten, deren Politiker nach Führungsposten lechzen. Das Amt ist zwar ein Vertrauensposten für den Staatschef, doch der Sekretär entscheidet nicht wie Minister, hat aber Zugang zu allerlei vertraulichen Regierungssachen. Frepaso-Politiker wollen jeweils vorher informiert werden und nicht durch die Medien.

Frepaso-Chef Carlos „Chacho“ Alvarez empfahl seinen persönlichen Freund Ricardo Mitre für den Sekretärsposten. Alvarez und Mitre waren in den siebziger Jahren Jungperonisten und befreundet. Im Senatsvorsitz vor seiner Demission als Vizepräsident betraute Alvarez seinen Freund mit dem Sekretariat. Möglicherweise muss Mitre demnächst vor Gericht erscheinen, um über die Ernennungen von Alvarez auf Gesuch justizialistischer Senatoren Auskunft zu geben, also genau das Techtelmechtel im Oberhaus, das Alvarez später als unmoralisch verwarf und offenbar selber praktiziert hatte.

Die Spitzenpolitikerin des Frepaso, Sozialministerin Graciela Fernández Meijide, wurde überraschenderweise auf Geheiss von Alvarez abgesetzt und in einer Rochade mit Marcos Makón im Amt des Kabinettschefs ausgewechelt. Makón war Unterstaatssekretär für das Budget mit Wirtschaftsminister Cavallo, gehört aber dem Frepaso an. Er beriet dann Alvarez und wirkte zuletzt bei Colombo in Sachen Reform der Staatsverwaltung, die jetzt an Manuel Solanet im Wirtschaftsministerium abgetreten werden. Fernández Meijide wurde politisch degradiert, was sie offenbar gelassen hinnahm. Das Sozialamt soll unter Makón als eine zentrale Agentur gestrafft werden, damit die zahllosen Sozialhilfen an Bedürftige ihr gewünschtes Ziel erreichen, ohne wie bisher vielfach nur Beamtengehälter zu speisen.

Die Allianz hat mit diesen Kabinettsrochaden ihren Zusammenhalt beibehalten, was die Voraussetzung für den kommenden Wahlkampf war. Man vergesse nicht, dass eine Spaltung der Allianz zu getrennten Kandidatenlisten führt, die gegeneinander um die Gunst der Wähler buhlen, so dass die oppositionellen Justizialisten die Wahlen bequem gewinnen. Dieses Horrorszenarium für die Regierung wurde offenbar verhütet. Demnächst werden Kandidaten aufgestellt, in parteiinternen Wahlen oder von den Parteigewaltigen bestimmt sowie eingeschrieben werden, damit die Wahlen möglicherweise im kommenden Oktober landesweit über die Bühne gehen können. Wer ein Regierungsamt ausübt und sich für ein Wahlamt meldet, muss ausscheiden, wie Präsident de la Rúa dieser Tage vorschrieb. Daraus werden sich künftige Änderungen in der Zusammensetzung des Kabinetts, Staats- und Unterstaatssekretäre eingeschlossen, ergeben. Vorerst wurde die Kabinettskrise mit den erwähnten Rochaden behoben.

„Argentinien schuldet den Opfern eine Antwort“

Amnestie für Militärs aufgehoben / Urteil von Bundesrichter betrifft „Fall Poblete“

In einer international Aufsehen erregenden Entscheidung hat Bundesrichter Gabriel Cavallo am Dienstag die zwei Amnestiegesetze aus den 80er Jahren zur Beendigung von Verfahren wegen Menschenrechtsverletzungen unter der Militärdiktatur (1976-1983) für verfassungswidrig erklärt. Allerdings sind gegen die Entscheidung des Richters noch Rechtsmittel beim Obersten Gerichtshof möglich. Angehörige von Opfern warnten daher in ersten Reaktionen vor „übertriebenem Optimismus“, wie es die 79-jährige Ellen Marx ausdrückte. Marx’ Tochter Leonor ist ein Opfer der Militärdiktatur.

Die Mitglieder der Militärjunta waren 1986 zu teilweise lebenslangen Haftstrafen verurteilt worden, jedoch schon bald darauf amnestiert worden. Das „Schlussstrich-Gesetz“ (Punto Final) von 1986 und das Gesetz über „Gehorsamspflicht“ und „Befehlsnotstand“ (Obediencia Debida) waren damals unter dem Druck zahlreicher Militärrevolten unter der Regierung von Präsident Raúl Alfonsín verabschiedet worden. Ausgenommen waren lediglich Fälle von Kindesentführung, wegen derer derzeit auch die Juntaspitzen Jorge Videla und Eduardo Massera unter Hausarrest stehen.

Bundesrichter Cavallo nach seiner Entscheidung.
(AP-Foto)

Das Parlament hatte die beiden Amnestiegesetze bereits 1998 aufgehoben. Bisher fehlte jedoch eine entsprechende Entscheidung der Justiz. Gegen die Entscheidung Cavallos im Falle der 1977 verschwundenen José Poblete und Gertrudis Hlaczik sowie deren Tochter Claudia Poblete kann jedoch noch der Oberste Gerichtshof angerufen werden. Das Urteil Cavallos hat daher zunächst nur Auswirkungen auf ein Strafverfahren gegen elf frühere Militärs wegen des Verschwindenlassens des Ehepaares und der illegalen Adoption des damals acht Monate alten Babys.

Während die Präsidentin der Grossmütter der Plaza de Mayo, Estela de Carlotto, das Urteil angesichts der noch ausstehenden Instanzen lediglich mit „Wohlwollen“ aufnahm, sorgte die Entscheidung des Richters 18 Tage vor dem 25. Jahrestag des Putsches am 24. März in Militär und Politik für erhebliche Beunruhigung.

Ex-Präsident Alfonsín sagte, es sei „nicht gut, das Rad der Geschichte 20 Jahre zurückzudrehen“. Der neue Verteidigungsminiter José Horacio Jaunarena, der das Amt vor 15 Jahren unter Alfonsín schon einmal inne hatte, nannte das Urteil ebenso wie Heereschef Brinzoni „nicht sinnvoll“. Auch seien die Amnestiegesetze keineswegs verfassungswidrig. Präsident Fernando de la Rúa wollte sich nicht zu der Entscheidung äusserten.

Cavallo, der vor drei Jahren auch gegen den damals in Argentinien inhaftierten Reemtsma-Entführer Thomas Drach wegen Dokumentenfälschung ermittelte, sagte zur Begründung seiner Entscheidung, das gewaltsame Verschwindenlassen von Menschen sei ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und könne deshalb weder verjähren noch amnestiert werden. „Argentinien schuldet den Opfern eine Antwort“, sagte der 42-Jährige.

Außerdem verletzten die Gesetze Artikel 29 der Verfassung. Darin werde es dem Parlament untersagt, der Exekutive Vollmachten einzuräumen, die Leib und Leben sowie die Würde der Bürger der Willkür der Regierung oder anderer Personen aussetzten.

(dpa/AT)

Unbehagen bei PJ-Gouverneuren

La Plata-Treffen im Zeichen des Ministerwechsels / Kürzungen befürchtet

Die PJ-Gouverneure fürchten nach der Übernahme des Wirtschaftsressorts durch Ricardo López Murphy finanzielle Einschränkungen für die Provinzkassen. Bei einem Treffen in der Provinzhauptstadt von Buenos Aires, La Plata, kündigten die Gouverneue am Dienstag daher eine „kritische Beobachtung“ der Bundesregierung an. In einem Schlussdokument forderten die Mandatare, dass „der neue Minister und seine Mannschaft Massnahmen ergreifen, die den internen Markt und den Konsum der Bevölkerung neu beleben und damit neue Arbeitsplätze schaffen“.

Das Treffen der neun Oppositions-Gouverneure - fünf waren nicht gekommen - stand ganz im Zeichen der Befürchtungen, dass López Murphy die Sondermittel für die Provinzen kürzt. Diese Mittel dienen den Provinzen bislang zur Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmassnahmen und der Sozialhilfe. Die Gouverneure gaben sich daher betont kämpferisch: „Wir haben keinerlei Bereitschaft, über irgend etwas mit der Nationalregierung neu zu verhandeln“, erklärten die Mandatare.

Im ersten Regierungsjahr der de la Rúa-Administration hatten Provinzen und Exekutive zwei Mal Nachbesserungen im Fiskalhaushalt vorgenommen. Dabei verpflichteten sich die Provinzen, die Grundausgaben für fünf Jahre „einzufrieren“. Die Gouverneure fordern nun ein entsprechendes Verhalten von der Bundesregierung. „In den ersten zwei Monaten des Jahres 2001 wurden Haushaltsmittel, die bis April vorgesehen waren, geschluckt“, warfen die Gouverneure der Regierung vor.

„Unbehagen“ bereiteten den neun Teilnehmern auch Gerüchte über mögliche Kürzungen bei Nationaluniversitäten und angebliche Reduzierungen der Treibstoff- und Tabaksubventionen für Patagonien bzw. die nördlichen Provinzen. Zugleich unterstrichen die Gouverneure jedoch, dass sie als PJ-Caudillos mit territorialer Macht einen kompakten Block bilden, der vor umwälzenden Entscheidungen von der de la Rúa-Regierung zu kosultieren sei.

Aufregung um US-Senatsbericht

Abgeordnetenhaus fordert Kopien der Washingtoner Dokumente

In der ersten gewöhlichen Sitzung des Jahres hat die Abgeordnetenkammer am Dienstag vom US-Senat Kopien der Dokumente über den Geldwäsche-Skandal eingefordert. Der Entschluss fiel einstimmig aus. Die Abgeordneten erhoffen sich von dem US-Bericht Aufklärung über die Verwicklung der argentinischen Banken „Mercado Abierto“ und Börsen und República in die internationale Geldwäsche. Ausserdem sollen die Papiere einer zu bildenden parlamentarischen Sonderkommission zur Verfügung gestellt werden. Diese soll die in den USA eingeleiteten Untersuchungen weiterführen.

Die US-Unterlagen geben Auskunft über angebliche Geldwäscheaktivitäten der Federal Bank. Die „off shore“-Bank auf den Bahamas gehört gemäß der Senatsuntersuchung dem menemistischen Finanzier Raúl Moneta. Die Bank arbeitete in einer Dreiecksverbindung mit dem ebenfalls Moneta gehörenden Banco República und der Citibank New York zusammen. Ein grosser Teil der transferierten Summen soll aus illegalen Quellen stammen.

Der einstimmige Entschluss der Abgeordneten gilt als durchaus überraschend, hatte die PJ-Fraktion doch zunächst erhebliche Einwände gegen die Untersuchung des US-Senats - diese kamen vor allem aus den Reihen des Menemismus. Besonderes Interesse an einem Fortschritt in der Sache demonstrierte hingegen von Anfang an die Allianz, was der Peronismus aber auf „Wahlkampfinteressen“ zurückführte. Der PJ liess nun bei der Abstimmung „keinen Zweifel“ daran, dass er an den Untersuchungen teilnehmen werde, forderte aber gleichzeitig „Ernsthaftigkeit und Unvoreingenommenheit“ bei der Veröffentlichung der Daten. PJ-Fraktionschef Humberto Roggero (Córdoba) erklärte, dass „spektakuläre Shows“ vermieden werden müssten.

Die designierte Vorsitzende der Sonderkommission, die Abgeordnete Elisa Carrió (UCR-Chaco), sagte, es gehe nicht darum, die Namen der Täter zu enthüllen, sondern „den Ursprung der ungeheuerlichen Korruption zu finden, die das Land und Lateinamerika erschüttert“.

Gestützt wird der Antrag an den US-Senat auf Überlassung der Kopien auch von der de la Rúa-Regierung. Bereits zuvor hatten der Botschafter in Washington, Guillermo González, die Staatsanwälte Paulo Starc und Jorge Dahl Rocha und Gustavo Gutiérrez (Demokraten-Mendoza) eine intensive Untersuchung der Geldwäsche gefordert.

Randglossen

Wie ein stille Insel inmitten tur-bulenter Gewässer hat sich das Aussenministerium unter Adalberto Rodríguez Giavarini während der letztwöchigen Kabinettskrise ruhig verhalten und wurde von niemanden angefeindet. Man weiss in politischen Kreisen, dass der Minister enger Vertrauter des Präsidenten ist und die Aussenpolitik ohne viel Aufsehen im Sinn des Staatschefs ausführt. Ihm stehen kritische Aufgaben zu, darunter demnächst die Verhandlungen über die Bildung der Freihandelszone im amerikanischen Kontinent, genannt ALCA, wofür nächsten Monat eine Sitzung massgebender Minister in Buenos Aires bevorsteht. Wichtige Entscheidungen, insbesondere der Abbau der Zölle ab 2005, stehen bevor, die nicht nur die Schatzämter ihrer Einnahmen berauben, sondern geschützte Bereiche ihrer bisherigen Protektion. Das wird zahllose Lobbies auf den Plan rufen.

Für die kommende ALCA-Sitzung massgebender Minister von 34 amerikanischen Staaten in Buenos Aires bereiten sich gewisse Radaubrüder bereits vor, die schon angekündigt haben, dass sie lauthals protestieren und massive Strassenkundgebungen abhalten werden, damit die Sitzungen wie einst im November 1999 in Seattle, USA, bei der WHO-Tagung, nicht abgehalten werden. Das soll dem geplanten Vormarsch der Freihandelszone im amerikanischen Kontinent Einhalt gebieten. Für die weltweiten Handelsverhandlungen der Welthandelsorganisation (WHO), die demnächst auch starten sollen, mussten sich die Partner auf Qatar am persischen Golf beschränken, wo keine Fremden ohne Visa zugelassen werden, womit Kundgebungen und Gewalt entfallen. Buenos Aires ist sicherlich nicht Qatar. Hier kann jedermann ohne Visum einreisen und nach Belieben kundgeben, marschieren und brüllen, so dass man sich auf Einiges gefasst machen muss, wenn ALCA hier tagt.

WOCHENÜBERSICHT

Pro López Murphy

Ex-Präsident Carlos Menem hat sich positiv über den neuen Wirtschaftsminister Ricardo López Murphy geäussert. Dieser sei ein „Mann der Dollarisierung“. Kritik hatte Menem für Präsident Fernando de la Rúa parat: „Ohne politische Führung wird das Land unregierbar. Das Chaos ist dann sehr nah“, sagte der PJ-Chef am Wochenende.

Contra López Murphy

Der Vorsitzende der Christdemokraten, Carlos Traboulsi, hat die Ernennung von Ricardo López Murphy zum neuen Wirtschaftsminister kritisiert. Präsident Fernando de la Rúa habe mit der Wahl „definitiv darauf verzichtet, die Republik souverän zu regieren“, sagte Traboulsi am Wochenende. Auch habe bei der Entscheidung offenbar nicht die „Suche nach dem gemeinsamen Wohl“ im Vordergrund gestanden. De la Rúa habe sich mit López Murphy als Wirtschaftsminister zum „Geschäftsführer der wirtschaftlich-finanziellen Angelegenheiten der kapitalistischen Entscheidungszentren der Welt“ gemacht. Traboulsi drohte mit einem Austritt der Christdemokraten aus der Allianz-Regierung in der Bundeshauptstadt.

Kandidat Alfonsín

Vor Antritt einer Privatreise in die USA und Panama hat Ex-Präsident Raúl Alfonsín am Dienstag seinen Wahlkampf um einen Senatorenposten für die Allianz in der Provinz Buenos Aires gestartet. Obwohl ihn „die wirtschaftliche Situation und die öffentliche Meinung“ nicht begünstigten, zeigte sich der UCR-Chef dennoch optimistisch: Der Provinz gehe es

„sehr schlecht“ was jedoch PJ-Gouverneur Carlos Ruckauf und dessen Vorgänger und Parteikollege Eduardo Duhalde zu verantworten hätten.

Studium gratis

Präsident Fernando de la Rúa hat sich am Mittwoch gegen Studiengebühren an öffentlichen Universitäten ausgesprochen. Er begegnete damit Gerüchten wonach Gebühren zur Deckung des Fiskaldefizits herangezogen werden sollen.

Pro Branda

Die Klagekommission des Richterrates wird den Antrag der Bürgervertretung „Poder Ciudadano“ gegen den justizialistischen Senator Ricardo Branda nicht unterstützen. „Poder Ciudadano“, eine Gruppe, die für Bürgerrechte und gegen Korruption der Volksvertreter eintritt, hatte den Ausschluss Brandas aus der Kommission gefordert, da gegen den Senator ein Prozess wegen der Annahme von Geschenken im Amt läuft. Branda wird vorgeworfen, sich eine Privatreise nach Deutschland von der Notarskammer der Hauptstadt finanziert lassen zu haben. Branda streitet die Vorwürfe ab.

Job für Cafiero-Tochter

Die Soziologin Ana Luisa Cafiero, Tochter von Senator Antonio Cafiero ist am Montag in die bonaerenser Regierung von Gouverneur Carlos Ruckauf eingetreten. Sie bekleidet das Amt der „Untersekretärin für Internationale Zusammenarbeit“ im von Diego Guelar geleiteten Sekretariat für Internationale Wirtschaftsbeziehungen.

Patti auf Reisen

Luis Patti ist am vergangenen Wochenende erstmals für seine neugegründete Partei „Partido de Unidad Federalista“ (PAUFE, Partei der föderalen Einheit) tätig geworden. In den Provizen Formosa, Chaco, Corrientes und Misiones traf sich der Bürgermeister von Escobar mit Aktivisten und Spitzenpolitikern des Landesinneren, die mit den Strukturen der traditionellen Parteien „nicht einverstanden sind“, wie Patti erklärte.

Waffenverkauf

Emir Yoma, Ex-Schwager und Ex-Berater von Carlos Menem, ist von der Staatsanwaltschaft erneut als Zeuge in der Untersuchung des illegalen Waffenverkaufs an Ecuador und Kroatien vernommen worden. Bei dem Waffengeschäft geht es um eine bis heute ungeklärte Überweisung in Höhe von zwei Millionen Dollar. Das Geld floss über zahlreiche Briefkastenfirmen und Banken auf das Konto der Yoma SA.. Yoma konnte die Herkunft des Geldes bislang nicht stichhaltig begründen.

Geldbuße für Edesur

Ein Richter der Stadt Buenos Aires hat das Stromunternehmen Edesur für insgesamt 374 Verstöße bei Arbeiten auf öffentlichen Verkehrswegen mit einer Geldbusse in Höhe von 526.000 Pesos bestraft. Der Richter kritisierte in der schriftlichen Begründung seiner Entscheidung auch das „völlige Fehlen jeglicher Kotrolle der Arbeiten durch die Stadt“.

Juárez in Bedrängnis

Der Gouverneur von Santiago del Estero, Carlos Juárez, ist wegen eines engen Vertrauten in Bedrängnis geraten. Wie die Zeitung „La Nación“ am Donnerstag meldete, hat Juárez’ Anwalt Carlos González Avalos seine Nähe zum Gouverneur genutzt, um einen durch die Anwaltskammer der Provinz ausgesprochenen Lizenzentzug zu annullieren. Avalos gilt als „rechte Hand“ des in der fünften Amtszeit regierenden Juárez und als „starker Mann“ in der Provinz. Er soll einem inzwischen verstorbenen Mandanten 100.000 Dollar schulden.

TABELLE

Copa Libertadores

River Plate - Guaraní (Par) 4:0, Boca Juniors - Deportivo Cali (Kol) 2:1.

Torneo Clausura

Fünfter Spieltag: River - Independiente 3:1, Racing - Boca 2:1, Almagro - San Lorenzo 0:1, Vélez - Rosario Central 1:1, Gimnasia LP - Unión 4:2, Lanús - Talleres 2:1, Colón - Estudiantes LP 1:1, Belgrano - Chacarita 1:2, Newell’s - Argentinos 2:1. Huracán - Los Andes beim Stand von 2:1 wegen Regens abgebrochen.

Tabellenspitze: River 13, 2. Colón und San Lorenzo 10, 4. Unión 9, 5. Racing 8.

Fußball

„Cuchu“ zu Bayern?

Der FC Bayern München hat angeblich Interesse an einer Verpflichtung von Esteban „Cuchu“ Cambiasso (Independiente). Spanischen Zeitungsberichten vom Donnerstag zufolge haben Vertreter des FC Bayern bereits in Buenos Aires mit dem 20-jährigen Junioren-Nationalspieler verhandelt. Die Transferrechte an Cambiasso besitzt Real Madrid, das den Mittelfeld-Spieler seit 1999 an Independiente ausgeliehen hat. Die Spanier hatten den Juniorenweltmeister von 1997 schon als 15-Jährigen unter Vertrag genommen.

Rudern

Streit um „Teutonen“

Diego Aguirregomezcorta ist im Streit mit dem Argentinischen Ruderverband (AAR) zum zum Gegenangriff übergegangen. In einem ganzseitigen Interview mit der Zeitung „Clarín“ (Ausgabe vom 03. 03.) wirft der Ruderer vom Club Teutonia dem AAR vor, ihn „aus dem Rudersport drängen zu wollen“. Als Folge einer Sperre durch den Verband sei ihm auch die finanzielle Unterstützung entzogen worden, die er angesichts seiner sportlichen Leistungen verdient habe. Auslöser der Auseinandersetzung zwischen AAR und Aguirregomezcorta ist ein Streit zwischen dem 26-Jährigen und Nationalmannschaftstrainer Javier Murillo. Dieser hatte Aguirregomezcorta im Dezember bei den Südamerikameisterschaften auf Aguirregomezcortas „Hausstrekke“ in Tigre nicht für den Argentinien-Achter berücksichtigt. Daraufhin soll es zwischen Trainer und Sportler zu Handgreiflichkeiten gekommen sein, wegen derer der Verband den mehfachen argentinischen Meister bis 31. Dezember 2001 für alle Wettkämpfen auf nationaler wie internationaler Ebene sperrte. (dpa/AT)

AUSFLÜGE UND REISEN

Abenteuerreisen nach der Regenzeit

Ende März ist die Regenzeit vorüber und es wird wieder möglich, die entlegensten Winkel des Nordwestens zu bereisen. Etwas für echte Abenteurernaturen.

So bieten der in Nono (Córdoba) in der Hostería La Lejanía ansässige Henri Barret und seine Frau Nicole im April und Mai mehrere interessante Touren durch die Puna de Atacama an, und zwar für Leute, die einen eigenen Geländewagen besitzen. Es geht von Belén (Catamarca) nach Antofagasta de la Sierra, von dort zum Salar del Hombre Muerto und der verlassenen Goldmine Incahuasi sowie weiter zum alten Goldgräberdörfchen Antofalla am gleichnamigen Salzsee. Auskunft über Termine und Reiseprogramm über Fernruf (03544) 498960.

Im Nordwesten der Provinz La Rioja organisiert Expediciones de Aventura Ausflüge zum Kratersee Caldera del Inca am Fuss der Vulkane Pissis, Bonete und Veladero. Der Pissis, 23 Kilometer vom See entfernt, ist mit 6882 Metern der höchste Vulkan der Erde.

Zwei Geländewagen am Rande des Kratersees „Corona del Inca“ in La Rioja.

Diese Abenteuerreise beginnt in einer neuen Hostería in Vinchina, die Corona del Inca heisst. Aus Sicherheitsgründen werden die Fahrten stets mit zwei Geländewagen durchgeführt, man benötigt jedoch keinen eigenen Allradler. Das Programm umfasst je nachdem zwei bis drei Tage bis zum Kratersee in 5300 Meter Höhe und Rückkehr nach Vinchina, das nördlich von Villa Unión im Westen von La Rioja gelegen ist. Die Organisation führt ferner interessante - aber kürzere - Abenteuerausflüge zur alten Goldmine La Mejicana am Famatina und auch nach Talampaya durch. Auskünfte durch Fernruf (03825) 494004 sowie (03827) 15668926.

Kurz und gut

- Southern Winds (SW) hat nun auch einen Flugdienst von Buenos Aires nach San Rafael im Süden von Mendoza eingerichtet. Das Fluggerät ist der 50sitzige Turboprop Canadair Regional Jet (CRJ). Der direkte Flug vom Aeroparque Jorge Newbery wird montags, dienstags, donnerstags und freitags angeboten, der Rückflug stets mit Zwischenlandung in San Luis.
- LAPA stellt seine Flüge nach den USA vorerst ein, weil trotz niedrigster Tarife das Passagieraufkommen nach Atlanta den Dienst nicht rechtfertigt. Viel mehr als Umsteigeflughäfen wie Atlanta interessieren Direktflüge nach touristisch und beruflich mehr gefragten Zielen in Nordamerika, wie Miami, Los Angeles oder New York.

Marlú

Rau empfängt Baruj Tenembaum

Kaum 12 Monate nach seinem historischen Diskurs im Israelischen Parlament empfing Bundespräsident Johannes Rau am Mittwoch den Gründer der Internationalen Raoul Wallenberg-Stiftung Baruj Tenembaum. Die Stiftung war die erste private Nicht-Regierungsorganisation, die Raus Ansprache begrüsste. Tenembaum stellte Rau ein Projekt der Stiftung vor, bei dem tausenden von nicht-jüdischen Deutschen gedacht werden soll, die Verfolgte während des Krieges retteten. „So wie wir die nicht vergessen können, die den Tod in alle Richtungen verbreiteten, müssen wir auch an all jene erinnern, die ihre Leben riskierten, um das ihrer Nächsten zu retten“, sagte Tenembaum in einem CNN-Interview. Die Stiftung widmet sich der Förderung von Bildungsprojekten sowie Informations-Projekten, die im Sinne der humanitären Geste des schwedischen Diplomaten sind, der etliche Menschen während des Holocaust rettete.

Tenembaum ist auch ehrenamtlich für die Casa Argentina in Jerusalem tätig und Förderer des einzigen Holocaust-Mahnmals in einer christlichen Kirche. Es handelt sich um die Wandmalerei in der Kathedrale von Buenos Aires, von der die Argentinische Post, wie von Wallenberg, eine Sonderbriefmarke herausgab.

Internationales Kinofestival Mar del Plata begann am Donnerstag

Am 8. März wurde das Internationale Kinofestival in Mar del Plata mit der in Berlin preisgekrönten nationalen Produktion „La ciénaga“ (Regie: Lucrecia Martel) eröffnet, der ausser Konkurrenz gezeigt wird. Nationale Beiträge unter den 18 Filmen im offiziellen Wettbewerb sind „Contraluz“ (Regie: Bebe Kamin) und „Rosarigasinos“ (Regie: Rodrigo Grande) sowie - im weitesten Sinne - der US-amerikanische Beitrag „The Woman Every Man Wants“ der argentinischen Regisseurin Gabriela Tagliavini. Auch ein deutscher Streifen nimmt am Kampf um den „Ombú de Oro“ teil: „Anna Wunder“ der Regisseurin Ulla Wagner. Unter den angekündigten Gästen befinden sich Liv Ullmann, Dennis Hopper, Alex De la Iglesia und Zhang Yimou.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinssätze der wichtigsten Banken für Fristeinlagen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 5,65% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 5,5%.

***

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 8,6% auf 477,52, der Burcapindex um 6,4% auf 837,92 und **der Börsenindex um 2,6% auf 17.149,64.**

***

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 4,2% auf $ 0,7920.

***

Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betrugen am 5.3. $ 25,77 Mrd., der Banknotenumlauf $ 14,13 Mrd. Vor einer Woche waren es $ 26,05 Mrd. bzw. $ 13,56 Mrd., vor einem Monat $ 26,13 Mrd. bzw. 14,29 Mrd. und vor einem Jahr $ 25,68 Mrd. bzw. 14,54 Mrd.

***

Brasilien hat im Vorjahr rd. 19 Mio. Paar Schuhe nach Argentinien geliefert, 90% davon Damenschuhe, mengenmässig etwa den Gesamtverbrauch des Landes. 80% aller argentinischen Schuheinfuhren für U$S 158 Mio. im Jahr stammten aus Brasilien. Ausschlaggebend ist der Preis. Ein Paar Schuhe kostet im Durchschnitt U$S 6,5 , wie die brasilianische Gazeta Mercantil mitteilte.

***

Der Viehmarkt von Liniers soll im kommenden Jahr, wenn die Konzession für die derzeitigen Liegenschaften abläuft, in den Zentralmarkt verlegt werden. Dem diesbezüglichen Abkommen entsprechend sollen die Machbarkeitsstudien durchgeführt werden, wobei sich beide Teile verpflichten, durch ein Jahr über keine Alternativvorschläge zu verhandeln. Es wird angenommen, dass die mehrmals erwähnte Verlegung des Marktes in die Stadt Mercedes nicht durchgeführt wird.

***

Durch Dekret 265/01 (Amtsblatt vom 7.3.01) wurde die Steuer auf Kfz bis zum 31.12.01 aufgehoben, die durch den Paragraphen 39, Absatz b, des Gesetzes 24.674 geschaffen wurde. Sie entfiel auf Automobile, deren Verkaufspreis zwischen $ 15.000 und $ 22.000 lag. Für Automobile ab $ 22.000 beträgt der Satz der internen Steuer jetzt 4%. Bisher galt für Automobile für mehr als $ 15.000 ein Satz von 4% und ab $ 22.000 von 8%.

***

Renault Argentina hat das Geschäftsjahr zum 31.12.00 mit $ 142,8 Mio. Verlust und einem Nettovermögen von $ 333,55 Mio. abgeschlossen. In der Vorwoche gab das Unternehmen an der Börse bekannt, dass es vom Stammhaus einen Kredit von U$S 130 Mio. zu kulanten Zinssätzen erhalten hat, was seine Umschuldung erleichtert. Wie der Kfz-Herstellerverband ADEFA mitteilte, haben alle seine Mitglieder Verluste, insgesamt von rd. U$S 600 Mio., erlitten.

***

Der Index des Verbandes der Notare von Buenos Aires Stadt (ICE), lag im Februar um 3 Punkte unter Januar und war gleich dem Index vom Februar 00, was belege, dass die Wirtschaft stagniert. Der Index wird auf Grund der Geschäfte angefertigt, die wie Immobilienverkäufe, Geschäftsgründungen usw. notariell beglaubigt werden müssen.

***

Pecom Energía (Pérez Companc-gruppe) gab für das Finanzjahr zum 31.12.00 einen Gewinn von U$S 283 Mio. bekannt, um 16,3% weniger als im Vorjahr. Grund sei die Buchung eines nicht operativen Ergebnisses 1999 von U$S 225 Mio., das durch den Verkauf von Nortel Inversora entstanden war. Im Quartalsvergleich lag das Ergebnis des 4. mit U$S 57 Mio. um 5,6% über dem gleichen Vorjahreszeitraum.

***

Das US-Handelsdepartment hat einen Antidumpingzoll von 6,5% auf argentinischen Honig verfügt. Wie das argentinische Industrie- und Handelssekretariat mitteilte, sollen US-Untersuchungen ergeben haben dass Imker in Argentinien Subventionen erhalten.

***

Der argentinische Handelsaustausch mit Brasilien hat sich im Februar verlangsamt. Die Ausfuhren nach Brasilien schrumpften um 8,6%, die Einfuhren von dort um 5,5%. Der Überschuss für Argentinien betrug U$S 32 Mio., in den ersten 2 Monaten 01 U$S 251 Mio. Die grössten Rückgänge für Argentinien wurden bei Erdöl (-26,8%) und Benzin (-8,6%) verzeichnet.

***

Neue Arbeitnehmer, die sich nicht innerhalb von 30 Tagen für eine Rentenkasse entschlossen haben, werden jenen privaten Kassen (AFJP) eingegliedert, die die niedrigsten Provisionen berechnen, vorausgesetzt dass sie in der Standortprovinz des Arbeitnehmers eine Filiale betreiben. Die Frist von 30 Tagen soll durch einen Beschluss auf 60 Tage gestreckt werden. Die bisherige Methode, die nun ausser Kraft ist, sah eine Verteilung der Unentschlossenen an alle AFJP-Kassen vor. Bis zum 15.3. müssen die AFJP-Kassen ihre Provisionssätze für die Verwaltung der Einlagen bei der Überwachungsbehörde eingereicht haben, die sich innerhalb von 90 Tagen äussern muss. Neue Provisionssätze sind obligatorisch, um sie dem Gesetz anzupassen, das untersagt, einen Teil der Provision als Festbetrag zu berechnen, statt ausschliesslich als Prozentsatz der Entlohnung. Von den 11 AFJP-Kassen am Platz berechnen nur 2 feste Beträge. Es sind Arauca Bit und Generar, die von Siembra übernommen wird.

***

Über die von ihr kontrollierte FTR Holdings hat Philip Morris das gesamte Aktienpaket von 30,93% für U$S 220 Mio. erworben, das die deutsche Reemtsma Cigarettenfabriken GmbH von Massalin Particulares besass. Damit besitzt Philip Morris 94,67% der argentinischen Tabakfabrik. Für die restlichen, an der Börse verstreuten 5,33% will FRT Holdings ein öffentliches Angebot machen und die Aktien nach Erwerb von 100% von der Börse zurückziehen.

***

Die Firmen Prodismo, AOG, Infas und Metalúrgica Roma, metallverarbeitende Unternehmen in Córdoba, bilden das Konsortium Córdoba Aircraft, um Lockheed Martin gemeinsam Zulieferteile zu verkaufen. Die 4 Unternehmen setzen derzeit zusammen U$S 400 MIo. im Jahr um und beschäftigen 300 Mitarbeiter. Die US-Filiale Lockheed Martin Argentina will zusammen mit der Provinzregierung eine Fertigung von Bauteilen für die Flugzeugindustrie organisieren.

***

Das Abgeordnetenhaus hat einstimmig ein Gesetz verabschiedet, das die MwSt.-Rückerstattung an Auslandstouristen bestimmt. Damit soll die Fremdenverkehrsindustrie gefördert werden. Die MwSt. auf im Inland hergestellte und vom Auslandstouristen erworbenen Erzeugnisse, soll diesem rückerstattet werden; desgleichen Hoteldienstleistungen in Fremdenverkehrsorten in Provinzen mit internationalen Grenzen, ausser Buenos Aires. Das sind Catamarca, Formosa, Entre Ríos, San Juan, Santa Cruz, Misiones, Corrientes, Salta, La Rioja, Chubut, Jujuy, Río Negro, Mendoza und Chaco.

***

Die Stadtverwaltung von Bahía Blanca und die Bansud Bank haben eine Bondsauflage für U$S 15 Mio. bekanntgegeben, die die erste Ausgabe einer Stadt bei institutionellen Anlegern ist, und die grösste einer Stadt, ausgenommen Buenos Aires.

Hohe Exporte im Januar

Die argentinischen Exporte lagen im Januar mit U$S 2 Mrd. um 14% über dem gleichen Vorjahresmonat. Den höchsten Anteil hatten die reinen Industrieprodukte (die nicht verarbeitete landwirtschaftlicher Produkte sind), mit einer Zunahme von 39% gegenüber dem Vorjahr. Hingegen nahmen die Exporte primärer Produkte um 29% zu, während die Exporte von Industrieprodukten auf landwirtschaftlicher Grundlage um 19% abnahmen und die von Brennstoffen um 20%.

Innerhalb der reinen Industrieprodukte nahmen die von Automobilen um 89% gegenüber dem Vorjahr auf U$S 280 Mio. zu, die von Lastwagen aller Art um 733% auf U$S 75 Mio., die von Kunststoffen und deren Produkte um 49% auf U$S 46 Mio., die von Kfz-Zubehörteilen (auschliess-lich Reifen) um 19% auf U$S 51 Mio. , die von Aluminium um 4% auf U$S 24 Mio.

Der Import nahm um 7% auf U$S 1,94 Mrd. zu, so dass der positive Saldo U$S 66 Mio. ergab, gegen U$S 51 Mio. im Vorjahr. Etwa die Hälfte des Handelsbilanzüberschusses wurde durch höhere Preise erwirtschaftet, die andere Hälfte durch erhöhte Mengen.

Der Export in die Mercosur-Staaten nahm um 28% auf U$S 675 Mio. zu und der Import um 16% auf U$S 543 Mio., so dass der Saldo U$S 132 Mio. betrug, gegen U$S 61 Mio. im Vorjahr. Mit Chile wurde ein Überschuss von U$S 162 Mio. erreicht, mit den anderen ALADI-Staaten von U$S 60 Mio., mit dem mittleren Orient von U$S 128 Mio., mit Südafrika von U$S 15 Mio. und dem „Rest der Welt“ von U$S 49 Mio. Hingegen ergab der Handel mit den NAFTA-Staaten ein negatives Saldo von U$S 221 Mio. und mit der EU von U$S 90 Mio.

Das Handelsabkommen mit Mexiko

Am 21. Februar schlossen Argentinien und Mexiko ein Handelsabkommen, das wichtige Möglichkeiten für den argentinischen Export öffnet. Der Staatssekretär für auswärtige Wirtschaftsbeziehungen im Aussenministerium, Horacio Chighizola, hat dieses Abkommen im einem Artikel in der Zeitung „El Cronista“ erklärt. Die wichtigsten Punkte sind folgende:

- Der Zollsatz für argentinische Kfz wird von 23% auf 8% gesenkt, wobei ein Kontingent von 19.000 Einheiten pro Jahr zugelassen wird, was etwa U$S 200 Mio. darstellt. Wird die Quote in einem Jahr nicht voll aufgebraucht, so läuft der Saldo automatisch auf das nächste Jahr über.
- Für argentinisches Speiseöl wird ein Kontingent von 100.000 t ohne Zoll eingeführt.
- Für argentinische Birnen wird der Zollsatz von 24% auf Null gesenkt.
- Für zahlreiche Produkte werden Importerleichterungen verfügt: Chemikalien und petrochemische Produkte, Messinstrumente, Matrizen, Heizkörper für Haushalte, Klimaanlagen, Benzinmotoren bis zu 1.000 cbcm und Zigarren.
- Für Streitfälle wird ein Verfahren für ihre Lösung eingeführt.

Forderungen der Kapitalgüterindustrie

Vertreter der argentinischen Hersteller von Kapitalgütern forderten die Beibehaltung des bisherigen Zollschutzes, Steuerrückerstattungen für mit heimischer Technik hergestellte Güter, Kompensationen für Kursschwankungen im Mercosur und die Abschaffung aussergewöhnlicher Zollsätze.

Die in der Adimra-Kammer zusammengeschlossenen Branchenvertreter haben im Unterstaatssekretariat für Investitionen eine Vorlage für ein Regierungsdekret eingereicht, die allgemeine Bedingungen für Kapitalgüter, Bestandteile und Matrizen enthält. Ausser der Bestätigung der derzeitigen gemeinsamen Zollsätze fordert die Vorlage auch, dass vorübergehende Zollermässigungen für in der Region nicht hergestellte Güter erst nach Rücksprache mit den Kammern festgelegt werden dürfen. Zuliefer- und Bestandteile oder ergänzende Waren, die in keinem der Mercosurstaaten hergestellt werden, sollen mit nur 3% Zoll belastet werden. Auf keinen Fall darf der Zollsatz auf zur Herstellung notwendiges Material höher als der für das Enderzeugnis sein. Weiter wird darauf bestanden, dass die als heimischen Ursprungs bezeichneten Kapitalgüter in keinem Fall mehr als 40% des Endwertes an importierten Anteilen enthalten dürfen.

Für die Einfuhr von neuen Maschinen, die nicht im Mercosur hergestellt werden, soll ein Nullzoll festgelegt werden. Wenn eine Maschine gleicher Art im Inland gefertigt wird, muss der Zollsatz für Einfuhren von ausserhalb des Mercosur berechnet werden. Für Einfuhren aus dem Mercosur fordern die Industriellenvertreter, dass feste Werte bestimmt werden, um Kursschwankungen der Mitgliedstaaten entgegenzuwirken. Bei Kursänderungen müsse es Kompensationen für Kapitalgüter und ihre Teile, Ergänzungen, Matrizen usw. geben, um mittels Steuerrückerstattungen die Exportfähigkeit sowie die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Industrie zu erhalten. Der Betrag dieser Kompensationen soll im Verhältnis zu den Kursschwankungen festgelegt werden, jedoch keinesfalls 15% überschreiten. Gleichzeitig sollen die Inlandsverkäufe dieser Güter eine bis zu 15%ige Steuerrückvergütung erhalten.

Zusätzlich haben Kapitalgüterlieferungen an dritte Staaten ausserhalb des Mercosur Steuerrückerstattungen von 15% zu erhalten. Die Regierungsbeschlüsse, durch die Einfuhren von Kapitalgütern, die nicht im Inland erzeugt werden, bei gebrauchten Maschinen und Anlagen mit 6% Zoll und bei neuen mit 3% bzw. 0% bei schlüsselfertigen Anlagen belastert werden, sollen abgeschafft werden.

Der Bond ist durch die Steuerbeteiligung von Bahía Blanca an Provinzsteuern garantiert, sowie durch Mittel aus einem Sonderfonds. Er wurde bei privaten Rentenkassen (AFJP), Versicherungsgesellschaften und Banken untergebracht, und notiert an der Börse von Buenos Aires. Die Laufzeit beträgt 5 Jahre zu 13,75% im Jahr.

***

Die Beiträge für private Krankenkassen sind in den letzten Monaten um 1% bis 15%, im Durchschnitt um 5%, erhöht worden, wie das Staatssekretariat für Konkurrenz- und Verbraucherschutz bekannt gab. Von 736 untersuchten Gesundheitsplänen gab es bei 147 Beitragserhöhungen, meistens bei den grossen Unternehmen im Raum Gross Buenos Aires. Im Landesinneren blieben die Beiträge meistens unverändert.

***

Genencor International Argentina hat ihr Biotechnologieunternehmen in Arroyito, Córdoba, erweitert, womit sie ihre Produktion von gekörnten Enzymen verdreifacht. Die Investition betrug U$S 6 Mio. und gestattet ausser der Versorgung des Inlandsmarktes auch Ausfuhren nach Chile und Brasilien für rd. U$S 6 Mio. im Jahr.

***

Das italienische Stammhaus Fiat SpA hat im Vorjahr für die Fiat Auto Argentina U$S 300 Mio. kapitalisiert, um Verluste aufzufangen und die Weiterführung des Betriebes zu sichern. Die neuen Strukturmassnahmen, in die U$S 10 Mio. investiert wurden, sehen die Fertigung eines einzigen Modells, den neuen Siena, in Ferreyra, Córdoba, vor. Damit sollen Spesen verringert und eine grössere Produktionsmenge erzielt werden. Der Fertigungskostenunterschied zwischen Brasilien und Argentinien betrage 25%, die bei einem einzigen Modell verringert werden können. Es sollen mehr als 30.000 Pkw exportiert werden, um 300% mehr als im Vorjahr.

***

Die von Química Estrella kontrollierte Corporación General de Alimentos hat die Reisverarbeitung Molino Arrocero del Litoral für rd. U$S 6,35 Mio. erworben. Damit übernimmt der Käufer Liegenschaften in Romang, Provinz Santa Fé, mit Lager-, Schälungs- und Abfüllanlagen für Reis. Mit ihrer Marke Gallo hat die Corporación General de Alimentos nun 34,9% Marktanteil.

***

Die chilenische Wirtschaftsführung hat der argentinischen Regierung vorgeschlagen, dass sie die Handelsschranken (Zusatzzölle) für argentinische Ausfuhren aufheben wird, wenn Argentinien die vor 2 Monaten bei der WHO eingereichte Forderung nach einem Schiedsgericht zurücknimmt. Chile erhebt auf argentinische Pflanzenöle, Weizenmehl, Zucker, Weizen, Molkereiprodukte und andere Mehlsorten Zölle von bis zu 70%. Diese Zölle wurden 1999 verhängt, der Konfliktstoff geht auf Anfang der 90er Jahre zurück.

***

Repsol YPF wird in den nächsten 5 Jahren U$S 505 Mio. in die Modernisierung und Erweiterung ihres Tankstellennetzes in Argentinien investieren. Das seien 88,5% der bis 2005 für die Marktbearbeitung vorgesehenen U$S 570 Mio. Bis dahin soll rd. 1/4 ihres Netzes von 2.117 Tankstellen von der Firma direkt betrieben werden. Dazu muss sie 422 aufkaufen.

***

Die neu geschaffene Sondereinheit für Zollüberwachung wird mit Personal der Gendarmerie (Grenzschutz) gebildet. Sie soll die Tätigkeit der Zollämter überwachen.

***

Durch Beschluss des Sekretariates für Industrie und Handel 47/2001 (Amtsblatt vom 8.3.01) wurde für eine Reihe von Maschinen und Apparate ein Zollsatz von 3% eingeführt. Es handelt sich um solche, die nicht im Mercosur erzeugt werden, gemäss Beschluss des Wirtschaftsministeriums 19/99, der durch Beschluss des gleichen Ministeriums 255/2000 geändert wurde.

***

Etwa 800.000 Steuerpflichtige, die bei der Einheitssteuer eingetragen sind, müssen bis zum 20.3. bei der Agentur, in der sie eingetragen

sind, vorstellig werden, sofern die Masstäbe für ihre Eingliederung in bestimmte Kategorien sich geändert haben. Das bezieht sich auf den Umsatz, den Stromverbrauch, die Fläche des Geschäftes und den höchsten Einheitspreis der verkauften Produkte oder Dienstleistungen. Ab 1.4. muss monatlich der Betrag für die neue Kategorie gezahlt werden. Bei der Einheitssteuer besteht eine sehr grosse Säumgkeit und Hinterziehung, wobei die meisten Steuerpflichtigen sich in der Mindestkategorie eingetragne haben, obwohl dies nicht zutrifft. Das Steueramt kontrolliert dies kaum.

***

Die allgemeine Syndikatur der Nation (SIGEN), geleitet vom ehemaligen Montonero-Terroristen und Bombenleger (siehe „La Prensa" vom 8.3.01) Rafael Bielsa, hat Einwände beim Vertrag der Regierung mit Siemens über die Ausstellung der neuen Personalausweise (DNI) plus Einrichtung zur Informatik-Kontrolle von Grenzübergängen und Ausstellung der Wahllisten vorgebracht. Siemens sollte nachweisen, wie es zu Kosten von $ 25 mit MwSt. und Sendung in die Wohnungen und $ 22 ohne diese gelangt sei. Ausserdem empfiehlt die SIGEN, dass der Staat Massnahmen für eine eventuelle Übernahme der im Vertrag vorgesehenen Tätigkeit vorsehe, dass eine Gruppe unabhängiger Exporten die informatischen Systeme von Siemens kontrolliere, dass die Einnahmen aus der Belieferung der Dokumente über mehr als eine Bank deponiert werden und dass Siemens $ 3 als Migrationsgebühr kassiere, sobald die Informatisierung der Grenzübergänge fertig sei. Die Empfehlungen der SIGEN sind nicht zwingend. Der Vertrag mit Siemens wurde durch ein Dekret genehmigt, nachdem das Unternehmen eine internationale Ausschreibung gewonnen hatte. Er ist also voll rechtsgültig.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Machinea gab schliesslich auf

Am Freitagabend der Vorwoche reichte Wirtschaftsminister José Luis Machinea seinen Rücktritt ein. Er ging freiwillig und unerwartet, bevor ihm der Präsident den Rücktritt forderte. Es war ihm nicht gelungen, die Rezession zu überwinden, wie es von ihm erwartet wurde und wie er es auch vorweggenommen hatte. Im letzten Quartal 1999 waren Zeichen einer leichten Erholung spürbar, so dass Machinea diese Tendenz auf das ganze Jahr 2000 hochrechnete und dabei zunächst zu einer BIP-Zunahme von 4% gelangte, die er dann in kurzen Abständen im Laufe des letzten Jahres um jeweils ein halbes Prozent senkte, bis er am Schluss mit einem faktischen Nullergebnis endete, wobei das letzte Quartal 2000 angeblich sogar mit minus abschloss. Während des Jahres schob er den Beginn der neuen Aufschwungsphase stets etwas hinaus: zuerst das zweite, dann das dritte, dann das vierte Quartal, und schliesslich auf Anfang 2001. Aber hier war das Ergebnis auch enttäuschend. Machinea hatte somit jegliche Glaubwürdigkeit verloren, was ihm die Arbeit noch mehr erschwerte. Es musste ein anderer kommen, der eine neue Hoffnung wecken konnte.

Machinea hatte am Anfang auf einer richtigen Strategie aufgebaut, die er dann jedoch nicht durchführte. Der Kerngedanke bestand darin, eine starke Senkung des Budgetdefizites zu erreichen, was dann Vertrauen herbeiführen und die Landesrisikorate und die Zinsen senken sollte. In diesem Sinn hat er politisch kostspielige Massnahmen auf sich genommen, nämlich die Erhöhung der Steuersätze für den gehobenen Mittelstand, die Senkung der Beamtengehälter und die Entlassung zahlreicher Beamten. Es gelang ihm auch, die Staatsausgaben ohne Zinsen im Jahr 2000 um etwa eine Milliarde Pesos zu senken; aber das Defizit blieb hoch und musste im Laufe des Jahres 2000 zwei Mal nach oben korrigiert werden, so dass es von ursprünglich $ 4,1 Mrd. schliesslich auf $ 5,6 Mrd. stieg, wobei dann im Budget 2001 ein Defizit von $ 6,5 Mrd. veranschlagt wurde. Das Gesetz über Fiskalsolvenz, das eine Defizitabnahme bis auf Null im Jahr 2003 vorsah, wurde geändert, so dass das Ziel erst 2005 erreicht werden soll. Aber ausserdem schnitt der Monat Januar 2001 denkbar schlecht ab, so dass voraussichtlich auch dieses besonders hohe Defizit nicht eingehalten werden konnte. Kein Wunder, dass die Finanzwelt dieser Entwicklung mit grossem Misstrauen entgegensah, trotz Panzerung. Denn diese war als Pause gedacht, um der Regierung Zeit zu geben, die Staatskonten in Ordnung zu bringen, nicht aber, um die Defizitwirtschaft weiter zu führen. Die Agenten des internationalen Finanzmarktes haben deutlich zu verstehen gegeben, dass die argentinische Staatsschuld ein gefährliches Ausmass erreicht hat und somit nicht mehr erhöht werden sollte. Denn in diesem Fall führt der Weg direkt zur Zahlungseinstellung („default").

Wo hat Machinea versagt? Die Antwort ist einfach: bei der Steuereintreibung. Mit 10% höheren Steuereinnahmen, also rund $ 5 Mrd. mehr, wäre sein strategisches Konzept aufgegangen. Dann wäre das Defizit stark zurückgegangen, ebenso das Landesrisiko und die Zinsen, und die Wirtschaft wäre gewachsen, was dann für nochmal höhere Steuereinnahmen gesorgt hätte. Dieser Betrag stellt 20% der angenommenen Hinterziehung von $ 25 Mrd. jährlich dar. Es ist also eigentlich ein bescheidenes Ziel. Allein, das Amt für öffentliche Einnahmen (AFIP) ist nicht in der Lage, diese zusätzlichen Einnahmen zu erreichen. Es bedarf der privaten Mitwirkung bei zahlreichen Kontrollen und auch bei der Eintreibung der Steuern bei kleineren Steuerzahlern, um diese Arbeit bewältigen zu können. Das haben weder Machinea noch seine Mitarbeiter begriffen. Im Gegenteil: nachdem Präsident De la Rúa am 10. November auf private Mitwirkung auf diesem Gebiet hinwies, erklärte AFIP-Direktor Héctor Rodríguez, dies komme überhaupt nicht in Frage. Und dabei blieb es. Wenn der neue Minister, Ricardo López Murphy, dies nicht begreift, dürfte es ihm kaum besser gehen als Machinea. Nicht genug mit der Unfähigkeit, Steuern einzutreiben, hat Machinea dann Steuern gesenkt und Ausgabenerhöhungen zugelassen.

Gewiss gibt es viele andere Aspekte der Amtsführung Machineas, die zu wünschen übrig lassen. Dabei hat er die Kosten für die Langsamkeit dieser Regierung getragen, um hohen privaten Investitionen den Weg zu ebnen, die von Staatsentscheidungen abhingen. Öffentliche Investitionen wurden somit stillgelegt, auch wenn sie privat finanziert und durchgeführt wurden. Das wirkt sich unausweichlich auf die Wirtschaft aus. Ebenfalls wurde die Entwicklung durch die Missachtung der legalen Ordnung gehemmt, etwas, dem auch Präsident De la Rúa nicht die gebührende Bedeutung beigemessen hat. Eine Regierung, die Dekrete nicht achtet, nur weil sie vom vorangehenden Präsidenten unterzeichnet worden sind, verursacht ein begreifliches Misstrauen. Wir beziehen uns hier besonders auf die Dekrete über die Liquidierung des Rückversicherungsinstitutes INdeR, über die Personalausweise DNI und über die neuen Konzessionen für die Vororteisenbahnen. Allein der Kern des Versagens liegt deutlich bei der Unfähigkeit, einen Teil der hinterzogenen Steuern, Zölle, Sozialabgaben und Gebühren zu erfassen.

Wirtschaftsminister Ricardo López Murphy

Nach dem für Präsident de la Rúa unerwarteten vorzeitigen Rücktritt seines Wirtschaftsministers José Luis Machinea wurde der derzeitige Verteidigungsminister Ricardo López Murphy mit dem entscheidenden Kabinettsamt betraut. Machinea war vorsorglicherweise am Freitagabend zurückgetreten, nachdem die Börse und die Banken Feierabend gemacht hatten, so dass der Präsident zwei Tage für die Nachfolge hatte, ohne üble Spekulationen befürchten zu müssen.

López Murphy befand sich auf Amtsreise in Paris und kehrte vorzeitig heim, um das neue Amt anzutreten. Er hatte das Verteidigungsministerium ordentlich verwaltet, gewisse Sparmassnahmen verfügt, neue Konzepte wie die Zusammenlegung der Führungsstäbe der drei Streitkräfte, die Veräusserung überflüssiger Liegenschaften und die Vereinfachung der Beschaffungen vorgelegt. Zudem musste er als Kabinettsmitglied die Gehaltssenkungen verkraften, die zu mehr als der Hälfte aller Staatsbeamten höhere Solde der Offiziere betrafen, deren Gehälter eher niedrig im Verhältnis zu ihren Aufgaben und Verantwortungen waren. Trotzdem gewann er den Respekt der Offiziere. Ferner musste er das Kesseltreiben gegen gewisse Offiziere hinnehmen, die der Verletzung der Menschenrechte vor zwanzig Jahren beschuldigt werden. Menschenrechtsaktivisten, Rechtsanwälte, Politiker und Richter betreiben diese Aktionen gegen gewisse Offiziere, vielfach vor Gericht und in den Medien. Minister López Murphy hat dabei seinen Mann gestanden.

Der neue massgebende Wirtschaftspolitiker wurde an der Universi-

tät von La Plata als Nationalökonom ausgebildet und holte sich einen Doktortitel in Chicago, Hochburg marktwirtschaftlicher Volkswirtschaftslehren. Mitte der siebziger Jahre stieg er in das Amt für Fiskalstudien des Schatzsekretariates ein, wo er die praktische Fiskalmakroökonomie gründlich kennenlernte, bis ihn sein Parteikommilitone Wirtschaftsminister Bernardo Grinspun 1984 entliess. Beide gehörten der radikalen UCR an, ist doch López Murphy Sohn eines radikalen Nationaldeputierten und Polizeichefs in der Provinz Buenos Aires unter Gouverneur Anselmo Marini (1963-66). Er wurde Ricardo nach dem damaligen gleichnamigen UCR-Parteichef Ricardo Balbín und mit zweitem Vornamen Hipólito zu Ehren des Parteigründers Hipólito Yrigoyen getauft. Grinspun entliess ihn ob seiner marktwirtschaftlichen Einstellung, die dem damaligen dirigistischen und inflationären Wirtschaftskurs missfiel.

Nachher betätigte sich López Murphy als Ratgeber der Zentralbank sowie der uruguayischen Nationalbank und später als Chefökonom beim angesehenen Institut für Wirtschaftsforschung FIEL, das seit 1964 zahllose Studien veröffentlicht hat. FIEL hat massgebend zum wirtschaftspolitischem Umdenken in den siebziger und achtziger Jahren beigetragen, worauf die Wirtschaftsöffnung mit Deregulierung der Märkte, Privatisierung der Staatsunternehmen und massiven Auslandsinvestitionen in den neunziger Jahren möglich wurde. López Murphy hat in Studien, Kursen, Vorträgen und in den Medien fühlbar zu dieser Entwicklung beigetragen, die Argentinien aus der damals ausweglosen Situation geführt hat.

Als rechtschaffener Mensch, integer und hochanständig, ist López Murphy bestens qualifiziert, die letzte grosse Wirtschaftsreform in Angriff zu nehmen, nämlich die Eintreibung hinterzogener Steuern, Zölle und Gebühren soweit zu verbessern, dass das Defizit der öffentlichen Hand schnellstens abgebaut werden kann. Das lässt sich in Argentinien erfahrungsgemäss nur mit Mitwirkung privater Firmen und Spezialisten nachvollziehen, wie wir an dieser Stelle nicht müde werden, es pausenlos zu empfehlen.

Statt dessen geht das Gerede künftiger Steuersenkungen munter weiter, das die jetzigen Steuerzahler begünstigen soll, als ob dann mehr eingeht, was mitnichten geschieht. Steuersenkungen gehen vielmehr mit geringeren Einnahmen einher, wodurch das Defizit zunimmt, die Zinssätze ausufern und das Gespenst der Zahlungseinstellung konkrete Gestalt annimmt. Steuern sind sicherlich zu senken, wenn Überschüsse angesammelt werden, die auch für Schuldentilgungen und Anhebungen gewisser Staatsausgaben eingesetzt werden müssen. Umwälzende Steuerreformen, wie sie FIEL und der Unternehmerrat („Consejo Empresario Argentino“) mit sachkundigen Studien empfehlen, sind gegenwärtig fehl am Platz, da es um die Eintreibung hinterzogener Steuern, Zölle und Gebühren geht, die alljährlich viele Milliarden Pesos kosten. Millionen Argentinier betreiben diesen Nationalsport, ohne je belangt zu werden.

Das politische Los des frischgebackenen Ministers, dem wir grössten Erfolg wünschen, weil damit das Wohl Argentiniens schlechthin verbunden ist, wird davon abhängen, wie schnell es ihm gelingt, das Steueraufkommen anzukurbeln, während gleichzeitig eisern die Verpflichtung der Nationalregierung und der Gliedstaaten, ihre Primärausgaben fünf Jahre lang einzufrieren, eingehalten wird.

Das Wirtschaftskabinett

Nahezu eine Woche brauchte der frisch ernannte Wirtschaftsminister López Murphy, um das Kabinett seiner engsten Mitarbeiter vorzustellen. Die Verzögerung liess am Donnerstag den Verdacht aufkommen, dass der Minister sich nicht durchsetzt und demissioniert, was freilich nicht eintrat. Börsenkurse und Bondspreise taumelten, die Länderrisikoprämie nahm zu. So sensibel reagiert der Finanzmarkt auf die geringsten Lesarten.

Mehrere Mitarbeiter Machineas wurden in ihren Ämtern bestätigt. Daniel Marx bleibt weiterhin für die Finanzierung der Staatsschulden und des Defizits zuständig. Das dürfte die verunsicherten Finanzagenten und Sparer beruhigen. Wenn Marx versagt und nicht genügend Bonds im Inland und Ausland unterbringt, blüht die Zahlungseinstellung, sollte einmal die sogenannte Panzerung aufgebraucht sein.

Ebenso wurden bestätigt der stets umstrittene Transportsekretär Jorge Kogan, für den es offenbar keinen Ersatz als Fachmann des Ressorts gibt, ferner Verbindungssekretär Henoch Aguiar, dem es gelungen ist, kraft Deregulierung der Fernverbindungen mehrere Milliarden Investitionen anzulokken, dann die Sekretäre für kleine und mittlere Unternehmen Enrique Martínez, für die Verteidigung des Wettbewerbs Carlos Winograd und für öffentliche Bauten Aníbal Rothamel.

Neue engste Mitarbeiter des Wirtschaftsministers sind vor allem Daniel Artana als Schatzsekretär, früherer Kollege von López Murphy im Institut für Wirtschaftsforschung FIEL, sowie Ing. Manuel Solanet als Sekretär für die Staatsreform, vormals Schatzsekretär vor bald zwanzig Jahren unter Wirtschaftsminister Dr. Roberto T. Alemann und Mitarbeiter bei FIEL für allerlei Studien über die Ausgaben der öffentlichen Hand und mögliche Reformen der Staatsverwaltung. Laut Solanet sind Einsparungen von über $ 3,0 Mrd. im Jahr durchaus möglich, wenn Staatsstellen aufgelöst und Beamten abgebaut werden. Hiergegen hat die Gewerkschaft der Staatsangestellten bereits Kampf angesagt.

Überraschend war die Zusammenlegung des Staatssekretariates für Industrie und Handel mit dem für Ackerbau, Viehzucht, Forstwirtschaft, Fischerei und Nahrung zu einem Produktionssekretariat, dem Ing. Víctor Savanti vorstehen wird. Savanti war massgebender Konzernleiter bei IBM in Argentinien und Loma Negra (Zement) sowie nachher Vorsitzender von FIEL. Ob es klug war, so viele Ämter zusammen zu legen, die sich mit völlig verschiedenen Fragen befassen und zahllose Amtsgänge privater Interessen verwalten, bleibt dahingestellt. Sprecher der Landwirtschaft monierten sogleich, dass sie ihr Staatssekretariat in ein Ministerium wie vor hundert Jahren aufpolieren wollten und statt dessen ein Unterstaatssekretariat ernten, dessen Inhaber noch unbekannt ist.

Für die Gestaltung der Wirtschaftspolitik werden die Nationalökonomen Federico Sturzenegger, Exvolkswirt von YPF und zuletzt Wirtschaftsprofessor an der Universität Di Tella, als Staatssekretär und Fernando Navajas (Chefwirtschaftler FIEL) als Kabinettschef wirken, wo ein Amt genügte. Jorge Sereno, bisher Mitarbeiter des Ministers im Verteidigungsamt, übernimmt die Koordination des Wirtschaftsministeriums, Emilio Apud, bisher Mitarbeiter des Ministers in einer gemeinsamen Stiftung, tritt das Energiesekretariat an und Santiago Urbiztondo wird die Kommission für die Verteidigung des Wettbewerbs leiten, dessen Aufgaben sich mit dem gleichnamigen Staatssekretariat unter Carlos Winograd über-schneiden.

Die meisten Mitarbeiter des Ministers entstammen wie er selber der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität von La Plata, wo sie auch Lehrämter ausüben. Ausserdem haben diese meisten Kabinettsmitglieder in USA Volkswirtschaft studiert, so dass angenommen werden darf, dass sie Englisch sprechen, lesen und schreiben.

Das Kabinett des Ministers ist deutlich marktwirtschaftlich ausgerichtet, was den UCR-Chef Alfonsín offenbar ärgert, der seinen Wahlkampf für das Senatorenamt der Provinz Buenos Aires dieser Tage mit dem Kampf gegen die sogenannten Marktfundamentalisten einläutete.

Hauptanliegen des Kabinetts dürfte die Staatsreform sein, damit Ausgaben gesenkt werden. Indessen bringen solche Reformen, so nötig und dringend sie seien, nur Einsparungen in kommenden Jahren ein, wogegen die Kassennot jetzt dringt. Der Internationale Währungsfonds hat durch massgebende Sprecher bereits wissen lassen, dass er bei einer erwarteten Überschreitung des Defizitziels im ersten Quartal von $ 2,1 Mrd. ein Auge zudrücken wird, sofern das Jahresziel von $ 6,5 Mrd. eingehalten wird. Das kann freilich nur durch Steuereinnahmen bewirkt werden, die Steuersünder zur Kasse bringen. Hierüber verlautete bisher kein Sterbenswörtchen.